

Der Anstieg der Arbeitslosenzahlen auf 5,037 Millionen im Januar dieses Jahres – dem höchsten Stand seit Bestehen der Bundesrepublik – hat erheblichen Wirbel verursacht und zu einem heftigen Schlagabtausch zwischen Regierung und Opposition geführt. Dabei kam er nicht unerwartet. So war nicht zuletzt von Seiten der Wirtschaftsforschungsinstitute bereits seit einiger Zeit darauf hingewiesen worden, dass in Zusammenhang mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe die Arbeitslosenzahl am Jahresanfang zunächst einmal kräftig in die Höhe schnellen und wahrscheinlich sogar die magische Grenze von fünf Millionen überschreiten werde. Denn mit dem Inkrafttreten von Hartz IV müssen sich alle erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger arbeitslos melden, um Anspruch auf das neue Arbeitslosengeld II zu erhalten. Da ein Teil von ihnen bisher nicht als arbeitslos registriert war, musste die Zahl der Arbeitslosen allein schon deshalb deutlich steigen. Im Januar betrug die Zahl der neu gemeldeten Sozialhilfeempfänger reichlich 220 000. Da bisher längst noch nicht alle erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger erfasst sind – es fehlen unter anderem noch Meldungen aus den Kommunen, die sich für die „Optionslösung“ entschieden haben –, ist absehbar, dass die Arbeitslosenzahl im Februar nochmals deutlich steigen wird.

Die Regierung sieht in dem kräftigen Anstieg der Arbeitslosenzahl keine Verschlechterung der Lage am Arbeitsmarkt; die Arbeitslosigkeit werde lediglich transparenter und damit die Statistik ehrlicher. Das ist insofern richtig, als durch die Einbeziehung der erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger, die bisher Teil der Stillen Reserve waren, ein Teil der verdeckten Arbeitslo-



**Eckhardt Wohlers**

## **Wirbel um Arbeitslosenzahlen**

sigkeit nunmehr offen gelegt wird. Allerdings ist die Statistik lediglich etwas ehrlicher geworden, denn ein erheblicher Teil der Arbeitslosigkeit bleibt weiterhin verdeckt und damit außerhalb der offiziellen Arbeitslosenzahlen. Dies gilt zum einen für den großen Bereich der Qualifizierung und Weiterbildung sowie anderer arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen, für Vorruhestand und Altersteilzeit, aber auch für Kurzarbeit. Der Umfang dieser verdeckten Arbeitslosigkeit wird je nach Abgrenzung auf 1,3 bis 1,6 Mio. Personen veranschlagt. Zu berücksichtigen ist ferner die Stille Reserve, die alle diejenigen umfasst, die die Arbeitssuche vorübergehend aufgegeben haben, aber bei einer besseren Arbeitsmarktlage die Suche wieder aufnehmen würden. Unter Berücksichtigung all dieser Faktoren dürften derzeit in Deutschland rund 7½ Mio. Arbeitsplätze fehlen.

Der Sockel an zusätzlicher Arbeitslosigkeit durch das Inkrafttreten von Hartz IV wird im Laufe des Jahres zum Teil wieder abgeschmolzen werden. Denn zunächst dürften erst einmal möglichst viele potentiell als erwerbsfähig geltenden Sozialhilfeempfänger arbeitslos gemeldet worden sein,

so dass ein Teil davon nachträglich wieder als nicht erwerbsfähig eingestuft werden könnte, z.B. wegen der Betreuung kleiner Kinder. Auch könnte ein Teil der etwa 300 000 früheren Bezieher von Arbeitslosenhilfe, die aufgrund der verschärften Anrechnungskriterien keinen Anspruch auf das neue Arbeitslosengeld II haben, darauf verzichten, sich weiterhin als arbeitslos führen zu lassen. Die meisten dürften ihre Meldung allerdings aufrechterhalten, um die Vermittlungsleistungen der Job-Center in Anspruch nehmen zu können oder um Rentenansprüche zu sichern.

Zudem wird die Regierung bemüht sein, die Langzeitarbeitslosen rasch in ein Beschäftigungsverhältnis zu bringen. Die Integration in den ersten Arbeitsmarkt wird allerdings wegen Anlaufschwierigkeiten und begrenzter Vermittlungskapazitäten bei den Arbeitsagenturen wohl nur schleppend vorankommen. Eine größere Entlastung ist durch gemeinnützige Arbeitsgelegenheiten bei Kommunen und sozialen Einrichtungen – so genannte Ein-Euro-Jobs – zu erwarten. Die Beschäftigung in gemeinnützigen Arbeitsgelegenheiten wie auch in anderen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen bedeutet aber letztlich nur, dass offene Arbeitslosigkeit wieder in eine verdeckte umgewandelt wird. Ein daraus resultierender Rückgang der Arbeitslosenzahl würde die Lage am Arbeitsmarkt somit nicht verbessern. Möglicherweise könnte es sogar zu einer Verschlechterung kommen. Denn angesichts der Ebbe in den Kassen von Kommunen und Sozialeinrichtungen ist nicht auszuschließen, dass durch gemeinnützige Arbeitsgelegenheiten – die eigentlich zusätzlich und zeitlich befristet sein sollten – Arbeitsplätze am ersten Arbeitsmarkt verdrängt werden. Beispiele dafür gibt es bereits.